

Es gilt das gesprochene Wort.

82. Deutschen Fürsorgetag – Abschlussveranstaltung

12. Mai 2022, 12:50 Uhr

Fachliches Fazit (mit Ausblick)

durch Vorstand Michael Löher

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unter dem Eindruck der letzten drei Tage möchte ich heute – wie auch schon fast traditionell bei den letzten Fürsorgetagen - ein erstes Resümee ziehen und vor allem einen Ausblick auf die Zukunft wagen. Einen Ausblick darauf, was nun zu tun ist!

Das Motto des 82. Deutschen Fürsorgetages „Der Sozialstaat sichert unsere Zukunft – sichern wir den Sozialstaat!“ haben wir bekanntlich ganz bewusst und durchaus vorausschauend gewählt – ganz im Sinne der Rolle des Deutschen Vereins als sozialpolitischer Seismograph.

Wir leben heute, mehr denn je, in einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche und Krisen. Die Planungen dieses Fürsorgetages standen – inhaltlich wie organisatorisch – unter dem Eindruck der COVID-19-Pandemie. Auch nach 2 ½ Jahren begleitet die Pandemie weiterhin unseren Alltag. Mit vielfältigen Auswirkungen auf die Themen des Sozialen – auch wenn die Maßnahmen inzwischen immer mehr gelockert werden. Seit 2 ½ Monaten sind wir außerdem mit dem Krieg in der Ukraine und seinen Folgen konfrontiert. Einige damit in Zusammenhang stehende Fragen konnten wir gestern Morgen erörtern. Diese Folgen werden die Menschen in der Ukraine, aus der Ukraine, aber auch uns alle noch lange beschäftigen. Gleichzeitig stehen wir mit dem notwendigen ökologischen Wandel, den demografischen Veränderungen und der zunehmenden Digitalisierung vor wichtigen Aufgaben, zukunftsweisende Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten. Aufgaben, die wir schon viel früher hätten in Angriff nehmen sollen.

Eine solche Zeit führt zu vielen Unsicherheiten und Ängsten, aber sie bietet auch die Chance für grundlegende, mutige und die Zukunft gestaltende Reformen. Gerade angesichts dieser großen Herausforderungen brauchen wir einen Sozialstaat, der auf einem sicheren Fundament steht. Einen Sozialstaat, der den sozialen Frieden sichert, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen garantiert. Wir brauchen einen krisenfesten Sozialstaat.

In diesen 3 Tagen haben wir auf dem 82. Deutschen Fürsorgetag ir gemeinsam diskutiert, wie ein solcher Sozialstaat der Zukunft aussehen kann. Einige zentrale Themen möchte ich beispielhaft herausgreifen.

Der Krieg in der Ukraine zwingt aktuell viele Menschen zur Flucht. Die Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen ist in ganz Europa – auch in Deutschland - groß. Klar ist bereits jetzt: Viele der Geflüchteten werden mittel- oder langfristig in Deutschland bleiben, bleiben müssen. Jede andere Denke ist pure Illusion! Gerade deshalb kommt es entscheidend darauf an, von Beginn an gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Klar ist aber auch, dass diese Aufgabe zu den ohnehin großen Herausforderungen für unsere soziale Infrastruktur und die Soziale Arbeit hinzukommt. Konkret dürfen die Kommunen mit der aktuellen Situation nicht allein gelassen werden. Die Aufnahme der Geflüchteten findet zwar vor Ort statt, aber sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit eine gemeinsame Aufgabe aller föderaler Ebenen und der Zivilgesellschaft. Dazu zählt einerseits die finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund. Andererseits braucht es darüber hinaus eine gute Zusammenarbeit und eine sachgerechte Aufgabenverteilung im föderalen System. Das war in den letzten Wochen zum Beispiel beim Thema Ukraine, beim Thema Corona seit Monaten und beim Thema Bildung seit Jahren suboptimal.

Der Föderalismus bringt gerade in Krisensituationen besondere Herausforderungen und zusätzliche Abstimmungsbedarfe mit sich – und ja, manchmal knirscht es ordentlich im Getriebe. Oft wird vergessen, dass sich die Menschen in unsrem Land nicht für Zuständigkeitsstreitereien, nicht für Verschiebebahnhöfe interessieren. Sie wollen Lösungen, sie wollen auch gleichwertige Lebensverhältnisse!!

Dabei sollten wir die berechtigten Gründe und Ursprünge unseres föderalen Systems natürlich nicht vergessen und auch seine Chancen wieder mehr in den Fokus rücken. Dazu muss allerdings die Balance der Ebenen an der einen oder anderen Stelle neu justiert werden. Gerade mit Blick auf die Integrationspolitik müssen wir weg von befristet finanzierter Projektarbeit. Integrationspolitik ist in einem Sozialstaat der Zukunft eine Daueraufgabe und sollte auch so gestaltet werden. Im Zusammenspiel aller föderaler Ebenen und unabhängig von der kommunalen Haushaltslage vor Ort. Um Bedarfe besser in Einklang zu bringen, würde zudem ein verbessertes Datenmanagement hilfreich sein.

Insgesamt kommt es jetzt darauf, Überforderung zu verhindern und alles dafür zu tun, dass wir den aktuellen Geist der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung langfristig erhalten – und zwar auch unabhängig von der Situation in der Ukraine mit Blick auf alle Geflüchteten, die in Deutschland Schutz gesucht haben und noch Schutz suchen werden.

Die Besonderheit in Bezug auf die Ukraine ist, dass vor allem Frauen und Kinder, aber auch ganze Einrichtungen zu uns kommen. Über 100.000 Kinder leben in der Ukraine in Einrichtungen. Aber auch wenn Kinder als Gruppe kommen, müssen wir immer im Blick behalten, dass jedes einzelne Kind ein Recht auf individuellen Schutz und die Wahrung seiner individuellen Interessen hat. Das Kindeswohl muss stets im Mittelpunkt stehen.

Kindeswohl und Kinderrechte beschäftigen den Deutschen Verein schon seit Jahrzehnten. In der grenzüberschreitenden Sozialen Arbeit steht hierfür der Internationale Sozialdienst, unser Arbeitsfeld I. Er hatte sein 90-jähriges Jubiläum, das wir Corona-bedingt zwei Jahre später auch in diesen 82. Deutschen Fürsorgetag integriert haben. Dabei ging es vor allem darum, den Begriff des Kindeswohls konkret mit Inhalt zu füllen. Besonders vulnerabel sind Kinder und Jugendliche, die nicht mit ihren Eltern auf der Flucht sind, sondern entweder allein oder in Begleitung anderer Erwachsener unterwegs sind. Die Wiedervereinigung von Familien und der Nachzug von Eltern und Geschwistern ist für diese Kinder besonders wichtig und darf nicht zu einem langwierigen Hürdenlauf werden.

Die Bewältigung von Traumatisierungen ist ein weiteres zentrales Thema, das gerade aktuell auch die Geflüchteten aus der Ukraine betrifft. Hier brauchen wir vor allem ausreichend und gut geschulte Unterstützungsangebote – eine Aufgabe, die angesichts des Fachkräftemangels besonders herausfordernd ist.

Neben dem aktuellen Krieg in der Ukraine hat in den vergangenen 2½ Jahren die COVID-19-Pandemie den Sozialstaat vor die Aufgabe gestellt, seine Handlungsfähigkeit in einer Krisen- und Ausnahmesituation zu beweisen. Der deutsche Sozialstaat hat sich in dieser Krise grundsätzlich bewährt. Gleichzeitig hat die Pandemie aber bestehende Ungleichheiten besonders sichtbar gemacht und teilweise noch weiter verstärkt. Das betrifft beispielsweise die Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie die damit einhergehende Bildungsungleichheit.

Unsere Bundesfamilienministerin Lisa Paus hat in ihrer Grundsatzrede am ersten Kongresstag die Kindergrundsicherung in den Fokus gestellt – als wichtigen Baustein zur Bekämpfung von Armut und für mehr Teilhabe. Mit diesem zentralen Reformprojekt sollen die bisherigen finanziellen Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche in einer neuen und eigenständigen Leistung gebündelt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Ein Thema, für das sich im Kern auch der Deutsche Verein schon seit Jahren stark macht. Die konkrete Ausgestaltung aber einer sogenannten Kindergrundsicherung ist eine überaus anspruchsvolle und komplexe Aufgabe. Hier liegt noch ein langer Weg vor uns. Ich bin aber davon überzeugt, dass es ein richtiger Weg sein kann, um unseren Sozialstaat für die Zukunft zu sichern.

Kinderarmut ist aber auch vor allem Teilhabearmut. Daher brauchen wir eine ressortübergreifende Zusammenarbeit. Vor allem Bildung und Sozialpolitik müssen zusammengedacht und gemeinsame Strategien entwickelt werden. In der Pandemie sind diesbezügliche Infrastrukturen in einen Krisenmodus geraten und teilweise über Monate ersatzlos ausgefallen. Familien mussten vieles auffangen. Wo dies nicht möglich war, sind Kinder und Jugendliche die Verlierer.

In dieser Ausnahmesituation ist erneut deutlich geworden: Der Bildungserfolg hängt noch immer viel zu stark an der Herkunft. Es fehlt die Durchlässigkeit der Leistungs- und Bildungssysteme. Bei der Digitalisierung hinken wir hinterher.

Die Lehre daraus muss sein: Wir müssen jetzt die Weichen richtig stellen, damit wir Nachholpakete und Aufholprogramme für Kinder und Jugendliche in Zukunft nicht mehr brauchen!

Dazu zählt ein Zusammenspiel von guter schulischer Bildung und ergänzenden Angebots- und Unterstützungsstrukturen. Familienförderung, frühkindliche Bildung, Ganztagsangebote, Schulsozialarbeit, Jugendberufsagenturen und die finanzielle Unterstützung von Familien mit niedrigem Einkommen sind wichtige Bausteine. Diese sollten im Rahmen von Präventionsketten ineinandergreifen. Um den Sozialstaat zukunfts- und krisenfest zu machen, müssen wir dabei die Hürden von Zuständigkeiten, Finanzierungsstrukturen und unterschiedlichen Systemlogiken überwinden – auch und gerade über die föderalen Ebenen hinweg. Wie so oft geht es darum, Versäulung aufzubrechen, mehr Verständnis der Systeme füreinander zu schaffen und die Bereitschaft zum gemeinsamen Dialog zu fördern.

Bildungspolitik ist vorbeugende, investierende Sozialpolitik. Sie bildet eine wesentliche Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse. In der Konsequenz bedeutet das aber auch: Drohende finanzielle Verteilungskämpfe, die infolge der multiplen Krisen unserer Zeit kaum vermeidbar sein werden, dürfen auf keinen Fall zu Lasten der Bildungspolitik gehen!

Vor allem bedeutet es aber auch, dass sich die Bildungspolitik, die Bildungsverwaltung und auch die Kultusministerkonferenz (KMK) diesen Diskussionen stellen muss!

Und es bedeutet auch:

Wenn es um die Zukunft des Sozialstaats geht, stellt die Kinder- und Jugendhilfe eine tragende Säule dar. Die vergangenen beiden Legislaturperioden waren von der Reform des SGB VIII geprägt. Nun ebnet das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz den Weg zu einer inklusiven Lösung. Bis zur Gesamtzuständigkeit des SGB VIII für alle Kinder und Jugendlichen ist allerdings noch einiges zu tun.

Unter anderem müssen Fachkräfte weiterqualifiziert werden. Es braucht aber auch gute Kooperationen von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe vor Ort, um eine inklusive Infrastruktur in den Ländern und Kommunen zu entwickeln. Außerdem sollten Partizipation und Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe selbstverständlich sein. Nicht zuletzt ist es wichtig, dass der Bund die Länder und Kommunen mit den Kosten nicht allein lässt und die relevanten Akteure sich geräuschlos und schnell auf eine Kostenverteilung einigen.

Eine weitere tragende Säule unseres Sozialstaats ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Mit der im Koalitionsvertrag geplanten Einführung des Bürgergeldes soll die Grundsicherung neu ausgerichtet werden. Die Sanktionen werden zunächst durch ein Sanktionsmoratorium befristet ausgesetzt und sollen anschließend nach den Maßgaben des Bundeverfassungsgerichts neugestaltet werden. Es ist vorgesehen, das Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ neu zu justieren. Dabei soll eine vertrauensvolle Beratung der Leistungsberechtigten mit mehr Augenhöhe erfolgen. Das Bürgergeld soll außerdem zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen sowie digital und unkompliziert zugänglich sein.

Die Erfahrungen der Pandemie haben gezeigt, dass insbesondere der erleichterte Zugang zur Grundsicherung vielen Menschen mit langjähriger Beschäftigung existenzielle Sicherheit in schwierigen Zeiten geboten hat. Dieser soll nun verstetigt werden. Damit werden viele positive Ansätze aufgegriffen, die auch der Deutsche Verein schon lange gefordert hat.

Der Arbeitsmarkt braucht dringend Fachkräfte. Dieses Problem wird durch den demographischen Wandel immer weiter verschärft. Aber auch der ökologische Wandel und die zunehmende Digitalisierung erfordern eine Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und bringen neue – auch hybride – Formen der Arbeit mit sich. Darauf müssen sich die sozialen Sicherungssysteme einstellen. Das heißt auch, dass Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung für alle Leistungsberechtigten und Personen in der Bedarfsgemeinschaft neu ausgerichtet werden muss. Chancengerechtigkeit sollte durch eine gute Förderung und existenzielle Absicherung von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden gesichert werden.

Das neue Bürgergeld muss nicht nur deshalb eng mit der geplanten Kindergrundsicherung abgestimmt werden. Um ein konsistentes Gesamtsystem zu schaffen, müssen diese beiden grundlegenden sozialpolitischen Reformprozesse der aktuellen Legislaturperiode im Wege einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit gestaltet werden.

Und wir würden auch gern in die Diskussionen einbezogen!

Handlungsbedarf besteht aber auch über die geplanten Vorhaben hinaus. So müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie wir mit Kostensteigerungen bei Energie, Lebensmitteln und Wohnen in den Haushalten der Grundsicherung künftig umgehen. Hier sind entsprechende sichernde Maßnahmen notwendig. Das reicht aber nicht aus. Ein besonderer Fokus sollte auch auf Haushalten mit geringem Einkommen liegen. Es ist Aufgabe des Sozialstaats, diese Haushalte nachhaltig zu unterstützen, damit sie nicht in den Transferleistungsbezug geraten.

Der Sozialstaat bietet vielfältige Leistungen der sozialen Sicherung. Diese Leistungen können aber nur wirken, wenn sie auch ankommen. Anträge sind jedoch häufig zu kompliziert und schrecken damit ab, so dass der Zugang unnötig erschwert wird. Hier braucht es eine zielgruppengerechte Ansprache. Der Sozialstaat muss sich erklären, er muss erklären und den Menschen auf Augenhöhe begegnen.

Digitale Angebote können die Inanspruchnahme der Leistungen erleichtern. Im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes wird intensiv an digitalen Antrags- und Bewilligungsverfahren gearbeitet. Ein automatischer elektronischer Datenaustausch zwischen beteiligten Behörden soll dabei Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger bringen. Auch die geplante Kindergrundsicherung soll einfach und digital ausgezahlt werden. Eltern-Apps oder das Familienportal sind weitere positive Ansätze für digitale Zugänge.

Da bin ich mal gespannt. Bisher stand Deutschland ja nicht an der Spitze der digitalen Nahrungskette.

Wichtig ist aber, dass neben digitalen Angeboten immer auch der persönliche Zugang zu den Menschen bestehen bleibt. Kommunen und Freie Wohlfahrtspflege können ihrem Beratungs- und Informationsauftrag vor allem im persönlichen Gespräch nachkommen.

Auch haben sich beispielsweise Jobcenter auf den Weg gemacht, ihre Angebote aktiv in den Sozialraum zu tragen, um Leistungsberechtigte möglichst optimal zu unterstützen. Es braucht vor allem gute Kooperationsbeziehungen zwischen Jobcentern und freien Trägern, um die Präsenz von Jobcentern im Sozialraum weiter zu fördern.

Funktionierende Sozialräume sind eine wichtige Basis eines funktionierenden Sozialstaates – in allen Lebensphasen. Das gilt auch für ältere Menschen, die zudem wichtige Akteure und Mitgestalter in den Sozialräumen sind. Viele Kommunen haben für eine aktive Daseinsvorsorge bereits Strukturen der Partizipation und Beteiligung, der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, der Beratung, der Begegnung und der Bildung – auch der digitalen Bildung – für ältere Menschen geschaffen. Aber es gibt deutliche regionale Diskrepanzen. Auch gutes Leben im Alter ist vielfach vom Wohnort abhängig. Hier müssen wir ansetzen, um für alle Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse im Alter zu schaffen. Dazu brauchen Kommunen eine qualifizierte Sozial- und Altenplanung.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind auch ein zentrales Ziel des Bundesteilhabegesetzes als einer der größten sozialpolitischen Reformen des letzten Jahrzehntes. Die Umsetzung der reformierten Eingliederungshilfe in Ausführungsgesetze auf Landesebene und Landesrahmenverträge ist schon rechtlich mit einem großen Kraftakt erfolgt. Bisweilen hat dies zu vielfältigen und unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern geführt. Der eigentliche Transformationsprozess, die Anwendung in der Praxis, steht noch am Anfang. Es ist und bleibt eine wichtige gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, das Bundesteilhabegesetz mit Leben zu füllen, damit mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen mit Behinderungen realisiert wird. Dazu braucht es eine bundesweit möglichst einheitliche Anwendung der neuen Regelungen – gerade auch mit Blick auf das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse.

Der Deutsche Verein begleitet den komplexen Prozess der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in seinen Fachgremien und ist außerdem seit 2017 Träger des Projekts Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz – wie viele von Ihnen sicher wissen.

Der Bedarf ist nach wie vor hoch. Das haben auch die gut besuchten Fachforen hier auf 82. Deutschen Fürsorgetages gezeigt. Im Fokus standen die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen, der Zugang zu Teilhabeleistungen durch vernetzte Beratung und die inklusive Schulbildung und Ausbildung. Wie wichtig es ist, dass Bildungs- und Sozialpolitik zusammenwirken, habe ich bereits deutlich gemacht. Mit den jeweiligen Einzelleistungen ist es nicht getan. Beim Übergangsprozess von der Schule in den Beruf braucht es eine enge Kooperation aller relevanter Akteure: der Bildungsträger, der Kinder- und Jugendhilfeträger sowie der Eingliederungshilfeträger und der Bundesagentur für Arbeit als Trägerin des Budgets für Arbeit.

Für weitere Informationen, aber auch den fachlichen Austausch, zum Bundesteilhabegesetz, möchte ich Sie gerne einladen, unsere Projektwebsite www.umsetzungsbegleitung-bthg.de zu besuchen.

Einige zentrale Grundpfeiler des Sozialstaats habe ich nun schon beleuchtet. Um die vielfältigen Leistungen des Sozialstaats auch in Zukunft sicherzustellen, brauchen wir außerdem gute Fachkräfte. Denn: Ohne soziale Berufe ist kein Sozialstaat zu machen.

Der Ausbau und die Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung, aber auch die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkindern führen zu einem enormen Bedarf an zusätzlichen Fachkräften. Auch in der Pflege steigt der Bedarf mit Blick auf die demografischen Veränderungen immer weiter. Notwendig ist hier eine Doppelstrategie: Wir müssen neue Fachkräfte gewinnen und gleichzeitig bestehendes Personal binden.

An einer Stelle ist der Handlungsbedarf dabei ganz offenkundig: Es kann mit Blick auf den Fachkräftemangel nicht sein, dass angehende Erzieherinnen und Erzieher teilweise immer noch Schulgeld zahlen müssen und keine Ausbildungsvergütung erhalten. Hier muss sich endlich etwas ändern!

Sowohl für pädagogische Fachkräfte als auch für Pflegeberufe braucht es außerdem attraktive und durchlässige Ausbildungswege und gute Weiterbildungsmöglichkeiten sowie bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung. Fachlichen Spezialisierungen und Karrierewege in der Kindertagesbetreuung hat der Deutsche Verein aktuell in Empfehlungen für die Praxis aufgegriffen.

In der Pflege sind zudem eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und ein intelligenter Personalmix notwendig. Da aber nicht nur beim Pflegepersonal selbst, sondern auch bei beim Lehrpersonal inzwischen ein Mangel herrscht, darf die Ausbildung von Pflegeassistenzkräften nicht zu Lasten der Fachkräfteausbildung gehen. Dennoch sollten wir offen für neue Wege sein, ohne diese gleich als De-Professionalisierung zu brandmarken.

Im Kontext der Pflege braucht ein gut aufgestellter Sozialstaat der Zukunft außerdem Reformen der Pflegeversicherung. Hier gilt es tragfähige Konzepte der Finanzierung zu realisieren, die pflegebedingten Eigenanteile wirksam zu senken und die pflegenden Angehörigen weiter zu stärken. Außerdem sollte die Digitalisierung so gefördert werden, dass das Pflegepersonal und die pflegenden Angehörigen entlastet und die Teilhabechancen der Pflegebedürftigen verbessert werden.

Letztlich möchte ich den Blick noch auf die europäische Ebene lenken. Auch die Europäische Kommission setzt sich dafür ein, den Sozialstaat fit für die Zukunft zu machen. Dazu wurde jüngst eine Expertengruppe eingesetzt, um Empfehlungen zu zukunftsfähigen Sozialschutz- und Sozialsysteme vorzulegen. Aufgegriffen werden die demografischen Veränderungen, die Veränderungen durch den digitalen und ökologischen Wandel sowie die Globalisierung und die Entstehung neuer Risiken. Denn vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Transformationen, brauchen wir nicht nur einen krisenfesten deutschen Sozialstaat, sondern auch ein starkes soziales Europa. Dazu muss die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte weiter vorangetrieben werden, damit sich die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten auf einem hohen Niveau annähern.

Der aktuell geplante Vorschlag der Kommission für eine Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten zur Modernisierung der Mindestsicherungssysteme in der EU ist dabei ein wichtiger Schritt, den auch der Deutsche Verein im Grundsatz schon lange gefordert hat.

Die aktuellen Krisenzeiten zeigen, dass Europa zusammenstehen kann, wenn es wirklich wichtig ist. Während der Pandemie hat die EU ein noch nie dagewesenes finanzielles Hilfspaket geschnürt. Zu Beginn des Krieges in der Ukraine haben sich die EU-Mitgliedstaaten einstimmig – und das ist wirklich bemerkenswert – auf die Aktivierung der EU-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz geeinigt. Damit haben sie die Grundlage dafür geschaffen, dass langwierige Asylverfahren entfallen können. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erfahrungen den Zusammenhalt innerhalb der EU auch für die Zukunft stärken und sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Motto dieses 82. Deutschen Fürsorgetages „Der Sozialstaat sicher unsere Zukunft – sichern wir den Sozialstaat!“ ist auch eine Aufforderung an uns alle. Wir – die Akteure des Sozialen – sind in der Verantwortung, in unseren jeweiligen Arbeitsbereichen einen Beitrag dazu zu leisten, den Sozialstaat zu sichern und krisenfest aufzustellen. In den Diskussionen der letzten drei Tage wurde immer wieder deutlich: Der Sozialstaat ist nur krisenfest, wenn er gleichwertige Lebensverhältnisse schafft. Es ist deswegen unsere gemeinsame Aufgabe, Ungleichheiten abzubauen und Chancengerechtigkeit vor Ort zu fördern.

Um das zu erreichen, liegen noch einige Aufgaben vor uns. Die aktuellen Krisen zeigen, dass uns die Versäumnisse der Vergangenheit irgendwann einholen. Anstatt überfällige Aufgaben unter Druck umzusetzen, sollten wir jetzt vorausschauend handeln und die notwendigen Reformen dieser Zeit mutig angehen. Dafür haben wir im Rahmen dieses 82. Deutschen Fürsorgetages viele gute Ideen zusammengetragen. Ich freue mich darauf, diese Ideen mit Ihnen gemeinsam weiterzuentwickeln und umzusetzen!

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei denen bedanken, ohne die wir diesen Fürsorgetag nicht hätten ausrichten können. Natürlich beim BMFSJ, beim Sozialministerium NRW, den Sponsoren, den Ausstellenden.

Aber vor allem bei allen Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins, die von der Motto-Entwicklung, über die fachlichen Inhalte bis hin zur Referentenakquise seit über 2 Jahren intensiv neben ihren normalen Aufgaben diesen Fürsorgetag vorbereitet und nun mit uns gemeinsam vollzogen haben.

Und ganz besonders bei unserem Team des Vereins- und Mitgliederwesens, bei Frau Hagen, Frau Kautza, Frau Strunk und Frau Meier und Herrn Bethmann, die zahllose Überstunden auch an Wochenenden angesammelt haben, damit auch organisatorisch alles klappt. Wahrlich ein tolles Team!

Zu guter Letzt gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung:

Dieser 82. DFT ist mein 8. DFT.

Der erste war der 75. DFT 2000 in Hamburg unter dem Motto: „Europa sozial gestalten“. Dem schlossen sich die Fürsorgetage in

- Freiburg im Breisgau mit: „Zwischen Versorgung und Eigenverantwortung – Partizipation im Sozialstaat“,
- Düsseldorf mit "Mut zur sozialen Verantwortung!",
- Nürnberg mit: "Märkte für Menschen - verantworten - gestalten - selbstbestimmen",
- Hannover mit: "Ohne Bildung keine Teilhabe - Von der Kindheit bis ins hohe Alter",
- Leipzig mit: "Teilhaben und Teil sein Leipzig“, und
- Stuttgart mit: "Zusammenhalt stärken - Vielfalt gestalten" an.

Dieser 82. DFT ist mein letzter in meiner Funktion als Vorstand des Deutschen Vereins. In zwei Jahren ruft der Ruhestand. Ich werde die Fürsorgetage, den Deutschen Verein und Sie alle vermissen!

Jetzt dürfen wir uns auf den Vortrag von Prof. Dr. Manfred Fishedick freuen. Als Einstimmung möchten wir uns einen kleinen Überblick davon machen, wie gut Sie sich bereits über die sozialen Folgen des Klimawandels informiert fühlen. Dazu können Sie nun an einer teambits-Umfrage teilnehmen. Gleichzeitig bitte ich Herrn Prof. Dr. Fishedick auf die Bühne.